

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/5568

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie
Postfach 71 28 | 24171 Kiel

Minister

An den
Vorsitzenden des
Europaausschusses des
Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Peter Lehnert, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

An den
Vorsitzenden des
Wirtschaftsausschusses des
Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Christopher Vogt, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

- per E-Mail -

28. Januar 2016

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

anbei übersende ich Ihnen die Berichtsbögen gemäß Abschnitt B, Punkt 4.2 der Vereinbarung zwischen Landesregierung und Landtag (...) zur Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union zu den vom Landtag identifizierten landespolitisch bedeutsamen Vorhaben der Europäischen Kommission, soweit das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie betroffen ist und sich neue Sachstände ergeben haben.

Dabei handelt es sich um folgende Vorhaben:

aus KOM-Arbeitsprogramm 2013

1. Rahmen für die künftige Hafenpolitik der EU,
2. Stärkung des Binnenmarktes

aus KOM-Arbeitsprogramm 2014 (LT DRs 18/1560(neu))

3. KOM Mitteilung: Innovationsunion,

aus KOM-Arbeitsprogramm 2015 (LT DRs 18/2812(neu))

4. Integration in den Arbeitsmarkt,
5. Mobilität von Arbeitskräften,
6. Einrichtung eines EU Fonds für strategische Investitionen – EFSI,

7. Halbzeitbilanz der Wachstumsstrategie 2020,
8. Binnenmarktstrategie mit Fokus auf KMU,
9. Handels- und Innovationsstrategie (Freihandelsabkommen),
10. Paket für den digitalen Binnenmarkt,
11. Evaluierung der EU RiLi über Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände.

Es handelt sich jeweils um die Sachstände am 1. Januar 2016.

Mit freundlichen Grüßen,

gezeichnet

Reinhard Meyer

Anlage: Sachstände zu landespolitisch bedeutsame EU Vorhaben

Landespolitisch bedeutsame Vorhaben der Europäischen Kommission

Berichtsbogen gemäß Abschnitt B, Punkt 4.2 der Vereinbarung zwischen Landesregierung und Landtag (...) zur Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union

hier: Aktualisierung des Sachstands mit Stand 01.01.2016

Vorhaben:	Vorschlag der EU-KOM zur Schaffung eines Rahmens für den Zugang zum Markt für Hafendienste und für die finanzielle Transparenz der Häfen
KOM-Nr.:	COM(2013) 296 final; Ratsdok. 10154/13
BR-Drucksache(n):	439/13
Federführendes Ressort:	MWAVT
Erfolgte Aktivitäten seit August 2015	Laufende Abstimmung mit den anderen norddeutschen Küstenländern, u. a. im Rahmen des 4. Hafenentwicklungsdialogs der norddt. Küstenländer
Inhaltliche Sachstandsveränderung gegenüber August 2015	<p>Es sind in vielen Bereichen größtenteils für Schleswig-Holstein eher unbedeutende aber hauptsächlich positive Änderungen am nun vorabgestimmten Text vorgenommen worden.</p> <p>Es folgen die Verhandlungen zwischen dem Europäischem Parlament und dem Rat.</p> <p>Mit den anderen norddeutschen Ländern wird das weitere Vorgehen kontinuierlich abgestimmt.</p>

Landespolitisch bedeutsame Vorhaben der Europäischen Kommission

Berichtsbogen gemäß Abschnitt B, Punkt 4.2 der Vereinbarung zwischen Landesregierung und Landtag (...) zur Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union

hier: Aktualisierung des Sachstands mit Stand 01.01.2016

Vorhaben:	Stärkung des Binnenmarktes
KOM-Nr.:	2011(206) final 2012(573) final
BR-Drucksache(n):	232/11, 232/1/11, 232/11 (B) 581/12, 581/1/12, 581/12 (B)
Federführendes Ressort:	MWAVT
Erfolgte Aktivitäten seit Februar 2015	Stellungnahmen zu diversen KOM- Einzelvorschlägen im Bundesratsverfahren
Inhaltliche Sachstandsveränderung gegenüber Februar 2015	Im Arbeitsprogramm der KOM (BR-Drs. 628/14 und zu 628/14 [neu]) finden sich verschiedene Ankündigungen zu Initiativen im Binnenmarktbereich. Erledigt, ersetzt durch COM(2015) 550 – BR-Drs. 509/15

Landespolitisch bedeutsame Vorhaben der Europäischen Kommission

**Berichtsbogen gemäß Abschnitt B, Punkt 4.2 der Vereinbarung zwischen Landesregierung
und Landtag (...) zur Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union**

Stand: 01.01.2016

Vorhaben:	Leitinitiative der Strategie Europa 2020 Innovationsunion
KOM-Nr.:	KOM (2010) 546 final, KOM (2011) 48 final, KOM (2012) 392 final, KOM (2013) 149 final, KOM (2014) 130 final
BR-Drucksache(n):	616/10, 86/11, 232/13, 98/14
Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips:	ja
Federführendes Ressort:	MWAVT, in Abstimmung mit MSGWG
Zielsetzung und wesentlicher Inhalt:	<p>Am 10. Juni 2014 hat die Europäische Kommission die Mitteilung „Forschung und Innovation als Quellen eines erneuerten Wachstums“ veröffentlicht. Unterstützt wird diese Mitteilung durch den „Bericht zum Stand der Innovationsunion 2014“, der den seit 2010 gemachten Fortschritt der Innovationsunion, einer der Leitinitiativen der Strategie „Europa 2020“, detailliert darstellt. Der Bericht ist untergliedert in 34 Verpflichtungen zur Innovationsunion.</p> <p>In ihrer Mitteilung weist die Kommission darauf hin, dass die Mehrheit der Mitgliedstaaten ihre Ausgaben für Forschung und Entwicklung erhöhen müssten, damit das Ziel der Strategie „Europa 2020“ von 3 % des BIP als Ausgaben für Forschung und Entwicklung erreicht werden kann. Aus diesem Grund regt die Kommission eine Umverteilung der Ausgaben in den Mitgliedstaaten an, um das Potential von Forschung und Innovation als Quelle für ein erneuertes Wachstum voll ausschöpfen zu können.</p> <p>Die zentralen Ansatzpunkte sind:</p>

	<ul style="list-style-type: none"> • eine langfristige und umfassende öffentliche Ausgabenstrategie und Verbesserung der Politikgestaltung sowie kontinuierliches Monitoring der Auswirkungen, • eine Steigerung der Qualität der Forschungsprogramme und Fördermechanismen, insbesondere unter Berücksichtigung der Wachstumspotentiale im Bereich der gesellschaftlichen Herausforderungen aus dem Horizont 2020 Programm, • eine Verbesserung der Leistungsfähigkeit öffentlicher Forschungseinrichtungen und Hochschulen durch erhöhtes unternehmerisches Handeln sowie eine Intensivierung des Wissenstransfers durch Kooperationen mit anderen europäischen Akteuren aus dem öffentlichen und privaten Sektor.
<p>Bedeutsamste Aspekte für das Land Schleswig-Holstein</p>	<p>Grundlegender europäischer Ansatz, der auch für Schleswig-Holstein beim Abbau von Innovationshemmnissen bedeutsam und zielleitend ist. Auch wenn Inhalt der Papiere zur Innovationsunion im Wesentlichen auf die Optimierung europäischer Rahmenbedingungen abzielt, stehen im gleichen Kontext die Bemühungen der Landesregierung zur Stärkung von Innovationen und Beschleunigung des Transfers aus der Wissenschaft in die Wirtschaft. Entsprechende Rahmenbedingungen in Schleswig-Holstein sind geschaffen durch das Landesprogramm Wirtschaft im Zusammenspiel mit der Regionalen Innovationsstrategie.</p>
<p>Darstellung des aktuellen Sachstands sowie des voraussichtlich weiteren Fortgangs des Vorhabens mit Blick auf diese besonderen Interessen des Landes Schleswig-Holstein:</p>	<p>Sachstand: Zweijährlich berichtet die KOM über den Stand der Innovationsunion. Der Bundesrat nimmt diese Berichte zur Kenntnis und stimmte bisher mit den Grundsätzen der Innovationsunion überein. Erreicht wurde eine deutliche Öffnung der Europäischen Förderprogramme für Innovationsprozesse. So können sich mittlerweile auch einzelne Unternehmen um Mittel aus dem Forschungsrahmenprogramm Horizon 2020 bewerben. Damit verbunden ist die Erwartung einer Steigerung der privaten FuE, die gerade in</p>

	<p>Schleswig-Holstein recht gering ist, so dass das 3%-Ziel in Schleswig-Holstein bisher nicht erfüllt werden kann.</p> <p>Mit Einführung inhaltlicher Schwerpunktsetzungen im Rahmen von KICs (Knowledge and Innovation Communities) gibt es zielgerichtete finanzielle Unterstützung für einzelne Sektoren. Die Bemühungen Schleswig-Holsteins zur Schaffung eines maritimen KIC waren bisher nicht erfolgreich. Die Kommission wird 2018 neue Themen benennen, worunter ggf. ein maritimer KIC fallen könnte</p> <p>Weiterer Fortgang der EU-Strategie: KOM entwickelt weitere Instrumente, passt bestehende an und berichtet regelmäßig alle zwei Jahre über Stand der Innovationsunion.</p>
<p>Wichtige Zeitpunkte und Termine (soweit bekannt):</p>	<p>Nicht bekannt</p>

Landespolitisch bedeutsame Vorhaben der Europäischen Kommission

**Berichtsbogen gemäß Abschnitt B, Punkt 4.2 der Vereinbarung zwischen Landesregierung
und Landtag (...) zur Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union**

Stand: 01.01.2016

Vorhaben:	Förderung der Integration und der Vermittelbarkeit auf dem Arbeitsmarkt (Arbeitsprogramm der KOM Anhang 1, Pkt. 2) 1. Vorschlag für eine Empfehlung des Rates für die Integration langfristig Arbeitsloser 2. Beschäftigungsinitiative für junge Menschen
KOM-Nr.:	1. 2015/0219 (NLE) 2. COM(2015) 46 final
BR-Drucksache(n):	1. --- 2. BR 42/15
Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips:	ja
Federführendes Ressort:	MWAVT
Zielsetzung und wesentlicher Inhalt:	1. Die KOM hat den angekündigten Vorschlag für Ratsempfehlungen zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit am 25.11.2015 vorgelegt. Dieser zielt auf eine Verbesserung des Dienstangebotes für Langzeitarbeitslose ab, d. h. insbesondere darauf, - den Anteil an Langzeitarbeitslosen, die eine aktive Unterstützung bei der Arbeitssuche erfahren, zu erhöhen; - die EU-Mitgliedstaaten dabei zu unterstützen, ihre Aktivierungsmaßnahmen so umzugestalten, dass sie individuellen Hürden auf Seiten des Langzeitarbeitslosen und den Anforderungen des Arbeitsmarktes besser gerecht werden; - die Zusammenarbeit innerhalb der EU-Mitgliedstaaten zwischen den zuständigen öffentlichen Stellen oder ausgelagerten Dienstleistern in den Bereichen Aktivierungsmaßnahmen, Arbeitslosengeld und Sozialleistungen zu verbessern.

	<p>2. Teil der Verordnung 1304/2013 über den Europäischen Sozialfonds ist die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen. Dieses Instrument steht nur für Mitgliedstaaten mit Regionen zur Verfügung, in denen im Jahr 2012 die Arbeitslosigkeit bei jungen Menschen zwischen 15 und 24 Jahren mehr als 25% betrug. Um den Mittelabfluss der Initiative zu beschleunigen, hat die KOM vorgeschlagen den Vorschussbetrag für die Operationellen Programme der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen im Jahr 2015 von 1% auf 30 % zu erhöhen.</p>
<p>Bedeutsamste Aspekte für das Land Schleswig-Holstein</p>	<p>1. Ratsempfehlungen haben keinen verpflichtenden Charakter. Im ESF-OP Schleswig-Holstein (Landesprogramm Arbeit) werden bereits Maßnahmen zur Integration langzeitarbeitsloser Menschen in den Arbeitsmarkt umgesetzt.</p> <p>2. Die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen hat aus o.g. Gründen für Schleswig-Holstein keine Bedeutung.</p>
<p>Darstellung des aktuellen Sachstands sowie des voraussichtlich weiteren Fortgangs des Vorhabens mit Blick auf diese besonderen Interessen des Landes Schleswig-Holstein:</p>	<p>1. Auswertung der Empfehlung des Rates der Europäischen Union nach Beschluss der Vorlage.</p> <p>2. Der Bundesrat hat den KOM-Vorschlag am 27. März 2015 zur Kenntnis genommen. Die Verordnung wurde am 21. Mai 2015 im EU-Amtsblatt veröffentlicht und trat damit in Kraft.</p>
<p>Wichtige Zeitpunkte und Termine (soweit bekannt):</p>	<p>-----</p>

Landespolitisch bedeutsame Vorhaben der Europäischen Kommission

**Berichtsbogen gemäß Abschnitt B, Punkt 4.2 der Vereinbarung zwischen Landesregierung
und Landtag (...) zur Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union**

Stand: 01.01.2016

Vorhaben:	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Europäisches Netz der Arbeitsvermittlungen, den Zugang von Arbeitskräften zu mobilitätsfördernden Diensten und die weitere Integration der Arbeitsmärkte
KOM-Nr.:	COM(2014) 6 final
BR-Drucksache(n):	14/14 zu 14/14 14/14 (B) Beschluss
Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips:	Das Subsidiaritätsprinzip wird nicht verletzt. Für Zusammenführung und Ausgleich von Stellenangeboten, Stellengesuchen und Lebensläufen über Grenzen hinweg und die Vermittlung von Arbeitnehmern gleichermaßen ist ein gemeinsamer Rahmen für die Zusammenarbeit zwischen Einrichtungen in verschiedenen Mitgliedstaaten nötig; die Ziele des Vorschlags können von den Mitgliedstaaten allein nicht hinreichend verwirklicht werden, deshalb sind Maßnahmen auf EU-Ebene erforderlich.
Federführendes Ressort:	MWAVT
Zielsetzung und wesentlicher Inhalt:	Mit dem Vorschlag der EU-Kommission für eine Verordnung sollen der Zugang der Arbeitskräfte zu die Beschäftigungsmobilität innerhalb der EU fördernden Diensten verbessert und damit die Mobilität unter „fairen“ Bedingungen und ein besserer Zugang zu Beschäftigungschancen in der gesamten Union ermöglicht werden.
Bedeutsamste Aspekte für das Land Schleswig-Holstein	Die VO regelt neben Begriffsbestimmungen die Einrichtung eines EURES-Netzes sowie spezifische Maßnahmen zu Transparenz und automatischem Abgleich von grenzüberschreitenden Stellenangeboten und –gesuchen <u>auf Bundesebene</u> . Darüber hinaus enthält die VO die spezifischen Bestimmungen zu „Mainstreaming“ und Unterstützungsleistungen sowie Regelungen zum Informationsaustausch.

	<p>Die einzelnen Maßnahmen der VO sind eng miteinander verflochten. Sie verstärken sich gegenseitig und sollen zusammen das EURES-Netz zum bevorzugten Instrument für Arbeitsuchende und Arbeitgeber machen, die an grenzüberschreitender Arbeitskräftemobilität in der EU interessiert sind.</p> <p>SH unterstützt die Initiative der EU-Kommission zur Neugestaltung eines verbesserten Dienstleistungsangebots von EURES.</p>
<p>Darstellung des aktuellen Sachstands sowie des voraussichtlich weiteren Fortgangs des Vorhabens mit Blick auf diese besonderen Interessen des Landes Schleswig-Holstein:</p>	<p>Landtag SH: 25. EUA: 02.04.2014 – Ktns.</p> <p>Bundesrat: 14.03.2014 – Stellungnahme</p> <p>Der Ausschuss der Ständigen Vertreter hat sich am 02.12.2015 mit dem EP über die Wiedereinrichtung und Neuordnung des bestehenden EURES-Netzes verständigt.</p>
<p>Wichtige Zeitpunkte und Termine (so weit bekannt):</p>	<p>Keine</p>

Landespolitisch bedeutsame Vorhaben der Europäischen Kommission

**Berichtsbogen gemäß Abschnitt B, Punkt 4.2 der Vereinbarung zwischen Landesregierung
und Landtag (...) zur Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union**

Stand: 01.01.2016

Vorhaben:	Investitionsoffensive für Europa: Europäischer Fonds für strategische Investitionen (EFSI)
KOM-Nr.:	COM(2015) 10 Verordnung (EU) 2015/1017
BR-Drucksache(n):	15/15
Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips:	ja
Federführendes Ressort:	MWAVT
Zielsetzung und wesentlicher Inhalt:	Einrichtung des EFSI zur Mobilisierung von Investitionen und Verbesserung des Zugangs zu Finanzmitteln für KMU; Einrichtung der Europäischen Plattform für Investitionsberatung zur Unterstützung bei der Vorbereitung und Entwicklung von Investitionsvorhaben; Einrichtung eines Europäischen Investitionsvorhabenportals, in dem laufende und zukünftige Investitionsvorhaben in der Union gesammelt werden.
Bedeutsamste Aspekte für das Land Schleswig-Holstein	Die IB.SH wird als Mitglied eines Konsortiums aus Landesbanken beim EIF eine KMU-Garantie aus EFSI-Mitteln beantragen. Die IB.SH will auf dieser Basis einen „Innovationskredit IB.SH“ für innovative Unternehmen auflegen. Daneben werden die Möglichkeiten einer EFSI-Finanzierung für ein LNG-Terminal in Brunsbüttel untersucht.
Darstellung des aktuellen Sachstands	Der EFSI hat im September 2015 seine Arbeit aufgenommen. Erste Projekte wurden

sowie des voraussichtlich weiteren Fortgangs des Vorhabens mit Blick auf diese besonderen Interessen des Landes Schleswig-Holstein:	vorwiegend aus den Bereichen Infrastruktur und Energieeffizienz ausgewählt. Die Antragsstellung durch das Konsortium, dem die IB.SH angehört, ist in der konkreten Vorbereitung des Finanzierungsantrags. Die Überlegungen zu einem möglichen LNG-Terminal in Brunsbüttel müssen noch weiter konkretisiert werden, bevor eine EFSI-Finanzierung beantragt werden könnte. Die Landesregierung begleitet und unterstützt dieses Vorhaben.
Wichtige Zeitpunkte und Termine (soweit bekannt):	-

Landespolitisch bedeutsame Vorhaben der Europäischen Kommission

**Berichtsbogen gemäß Abschnitt B, Punkt 4.2 der Vereinbarung zwischen Landesregierung
und Landtag (...) zur Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union**

Stand: 01.01.2016

Vorhaben:	Halbzeitbilanz der Strategie Europa 2020
KOM-Nr.:	COM(2014) 130 final COM(2015) 100 final
BR-Drucksache(n):	98/14
Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips:	ja
Federführendes Ressort:	MWAVT, soweit Bereiche Wirtschaft, Arbeit und Technologie betroffen
Zielsetzung und wesentlicher Inhalt:	Verbesserung und Überarbeitung der Strategie Europa 2020 im Lichte der bisherigen Erfahrungen. Dies schließt sich an die Zwischenbilanz der KOM (BR Drs. 98/14, März 2014) und die durchgeführte öffentliche Anhörung (Mai – Oktober 2014) an.
Bedeutsamste Aspekte für das Land Schleswig-Holstein	-
Darstellung des aktuellen Sachstands sowie des voraussichtlich weiteren Fortgangs des Vorhabens mit Blick auf diese besonderen Interessen des Landes Schleswig-Holstein:	Europa 2020 ist die auf zehn Jahre angelegte Wachstums- und Beschäftigungsstrategie der Europäischen Union aus dem Jahr 2010. Bis 2020 will die EU fünf Kernziele aus den Bereichen Beschäftigung, Forschung und Entwicklung, Klima/Energie, Bildung, soziale Eingliederung und Armutsbekämpfung erreichen. Die Umsetzung und regelmäßige Überwachung der Strategie Europa 2020 erfolgt im Rahmen des Europäischen Semesters. Im März 2014 hat die Kommission eine erste Zwischenbilanz der Strategie Europa 2020

	<p>veröffentlicht (COM(2014) 130). Von Mai bis Oktober 2014 fand eine öffentliche Konsultation statt, deren Ergebnisse Anfang 2015 veröffentlicht wurden (COM(2015) 100). Beides fließt in die Weiterentwicklung der Strategie Europa 2020 ein.</p>
<p>Wichtige Zeitpunkte und Termine (soweit bekannt):</p>	<p>Die Halbzeitbilanz der Strategie Europa 2020 ist abgeschlossen.</p> <p>Die Weiterentwicklung der Strategie Europa 2020 findet im Rahmen des Europäischen Semesters, dem jährlichen Zyklus der wirtschaftspolitischen Koordinierung, statt.</p>

Landespolitisch bedeutsame Vorhaben der Europäischen Kommission

**Berichtsbogen gemäß Abschnitt B, Punkt 4.2 der Vereinbarung zwischen Landesregierung
und Landtag (...) zur Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union**

Stand: 01.01.2016

Vorhaben:	Binnenmarktstrategie für Waren und Dienstleistungen
KOM-Nr.:	COM(2015) 550 final (ersetzt 2011(206) final und 2012(573) final)
BR-Drucksache(n):	509/15
Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips:	noch nicht bewertbar
Federführendes Ressort:	MWAVT
Zielsetzung und wesentlicher Inhalt:	<p>Die seit November 2014 amtierende Europäische Kommission hat die Förderung von Beschäftigung, Wachstum und Investitionen zu ihrer obersten Priorität erklärt und möchte sie durch eine branchen- und politikfelderübergreifende Vertiefung des Binnenmarkts verwirklichen. Zur Unterstützung all dieser Initiativen hat die Kommission ihr Augenmerk wieder verstärkt auf die bessere Rechtsetzung gerichtet. In vielen Fällen ersetzt ein einziges Paket von EU-Vorschriften einen Flickenteppich aus 28 unterschiedlichen nationalen Gesetzen. Das bringt Erleichterungen für die Menschen und die Unternehmen. Außerdem wird der Rechtsrahmen verständlicher, der mit der Regulierung verbundene Aufwand sinkt im gesamten Binnenmarkt und sie wird berechenbarer.</p> <p>Im Mittelpunkt der Strategie werden praktische Maßnahmen stehen, die dazu beitragen sollen, dass KMU sowie Start-up-Unternehmen wachsen und expandieren, Innovationen gefördert und Investitionen getätigt werden; dabei soll auch die Position der Verbraucher gestärkt werden. Die Maßnahmen sollen eine Reihe sektorspezifischer Initiativen ergänzen, die etwa dafür sorgen sollen, dass der Binnenmarkt für den Straßengüter-</p>

	<p>verkehr besser funktioniert und umgesetzt wird. Sie sollen auf der Basis ökonomischer Fakten getroffen werden und auf die wirtschaftlich relevantesten Hindernisse abzielen.</p> <p>Für die legislativen Maßnahmen sollen weitere Folgenabschätzungen durchgeführt werden, die dann die Grundlage für die endgültigen Beschlüsse der Kommission bilden sollen.</p>
Bedeutsamste Aspekte für das Land Schleswig-Holstein	derzeit nicht absehbar
Darstellung des aktuellen Sachstands sowie des voraussichtlich weiteren Fortgangs des Vorhabens mit Blick auf diese besonderen Interessen des Landes Schleswig-Holstein:	KOM-Vorschläge liegen noch nicht vor.
Wichtige Zeitpunkte und Termine (so weit bekannt):	./.